Anstoß

JUNI 2023

26.Jahrgang ZEITUNG DER LINKEN IN DER REGION SAALFELD-RUDOLSTADT

MEHR ALS 108 MILLIONEN MENSCHEN SIND WELTWEIT AUF DER FLUCHT. NOCH NIE WAREN ES SO VIELE. DIE MEISTEN VON IHNEN VERBLEIBEN IM LAND ODER SUCHEN IN DEN NACHBARLÄNDERN SCHUTZ.

DIE FLUCHTURSACHEN SIND VIELFÄLTIG: MENSCHEN FLIEHEN VOR KRIEG, GEWALT ODER VERFOLGUNG. SIE FLIEHEN VOR HUNGER UND ARMUT. DOCH AUCH DIE FOLGEN DES KLIMAWANDELS TREIBEN IMMER MEHR MENSCHEN IN DIE FLUCHT. BIS 2050 KÖNNTEN ES BEREITS ÜBER 140 MILLIONEN KLIMAFLÜCHTLINGE GEBEN.

FÜR UNS IST KLAR: WIR MÜSSEN FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN, NICHT DIE GEFLÜCHTETEN!

20. Juni • Weltflüchtlingstag

Foto: public domain via pixabay.com

Nordatlantik viel zu warm: Gaußsches Läuten oder lautes Knacken?

Die Abweichung der Oberflächentemperatur des Nordatlantik vom langjährigen Mittel ist so hoch wie noch nie seit Beginn der Erhebungen. Das geht aus Satellitenmessungen hervor. Dabei ist der Fakt an sich nicht überraschend. Überraschend ist aber die Sprungweite, mit der sich dieses Extrem vom vergangenen Rekord abhebt. So liegt die Abweichung für die Jahreszeit derzeit bei mehr als einem Grad über dem Mittel und 0,5 Grad über dem bisherigen Rekord. Klimaforscher_innen können bislang nur Vermutungen anstellen, was den Nordatlantik dermaßen aufheizt. Eine geschlossene Erklärung gibt es nicht.

Das Klimasystem der Erde ist ein komplexes und vor allem chaotisches System. Die grundlegenden Funktionsweisen sind bekannt und gut verstanden. Über Rückkopplungseffekte verschiedener natürlicher Schwankungen ist hingegen wenig bekannt und sie sind Gegenstand permanenter Forschung.

Dass das Klimasystem nicht komplett verstanden ist, ist keineswegs Grund, mit Gelassenheit auf die neuen Temperaturrekorde zu schauen. Nach dem Motto, „es wird sich schon wieder einpendeln, denn das hat es immer getan“ und „wenn dieser Mechanismus schon nicht verstanden wird, ist vielleicht der ganze Klimawandel nicht real“ kommt man nicht aus der Affäre.

Die numerische Klimatologie ist seit einigen Jahren aufgrund des technologischen Fortschrittes und der immer höheren Rechenkapazitäten sehr präzise geworden. Die Klimamodellierung wird ständig an der Vergangenheit getestet. Von einem Punkt in der Vergangenheit wird bis in die Gegenwart modelliert, und das sehr erfolgreich. Wir können so unsere Prognosemodelle überprüfen. Das Ergebnis: unsere Kenntnisse und Prognosefähigkeiten im komplexen Klimasystem sind gut geworden. Deshalb ist auch eine andere Erklärung unserer Unkenntnis über die Ursachen der rapiden Erwärmung möglich und nicht ganz unwahrscheinlich: die aktuellen Abweichungen der globalen Zirkulationen lassen sich nicht mehr vollständig in das Grundverständnis des uns bekannten stabilen Klimasystems einordnen, und das wäre sehr besorgniserregend.

In der Komplexitätsforschung, also der Erforschung von Mustern im Verhalten komplexer Systeme, gibt es ein einfaches und eingängiges Prinzip: Das Verhalten eines komplexen Systems, das sich einem kritischen Punkt nähert, wird schwerer vorhersagbar. Man kann sich das veranschaulichen am Verhalten eines Bretts, das gebogen wird. Bei schwacher Biegung ist es leicht vorhersagbar, dass ein wenig mehr Druck einfach für ein weiteres Verbiegen sorgt. Erhöht man den Druck aber bis zur Belastungsgrenze, wird es schwer, das Verhalten vorherzusagen. Bevor das Brett zerbricht, wird es wahrscheinlich, begleitet durch mehrfaches Knacken beim Zerreißen von Holzfasern, ruckartig leicht nachgeben, bevor es schließlich spontan den kritischen Punkt überschreitet und schlagartig zerbricht. Wann genau hier was passiert, ist nicht vorhersagbar, da es von vielen kleinen Faktoren von Beschaffenheit, Feuchtegehalt und dergleichen abhängig ist, was das Brett selbst zum chaotischen System macht. Direkt am kritischen Punkt ist das Verhalten des Systems Brett gar nicht vorhersagbar. Es wird entweder brechen oder gerade noch so halten.

Die Unkenntnis über die konkreten Ursachen von Zustandsveränderungen im Nordatlantik könnte also Ausdruck davon sein, dass sich ein Teil des Klimasystems in einer so kritischen Phase befindet, dass die deterministische Suche aller Ursachen die Suche nach einem laut vernehmbaren Knacken wäre. Das käme der Analyse jeder Mikrofaser des Holzbrettes und deren Wechselwirkungen mit Wachstumsanomalien im Holz, anderen Fasern, mikroskopischer Analyse der Kraftflüsse usw. gleich. Eine schier unlösbare Aufgabe, die letztendlich aber das Große und Ganze aus dem Blick verliert. Ob es leise knackt oder laut: es knackt, weil zu viel Druck auf dem Brett lastet und es droht, zu zerbrechen.

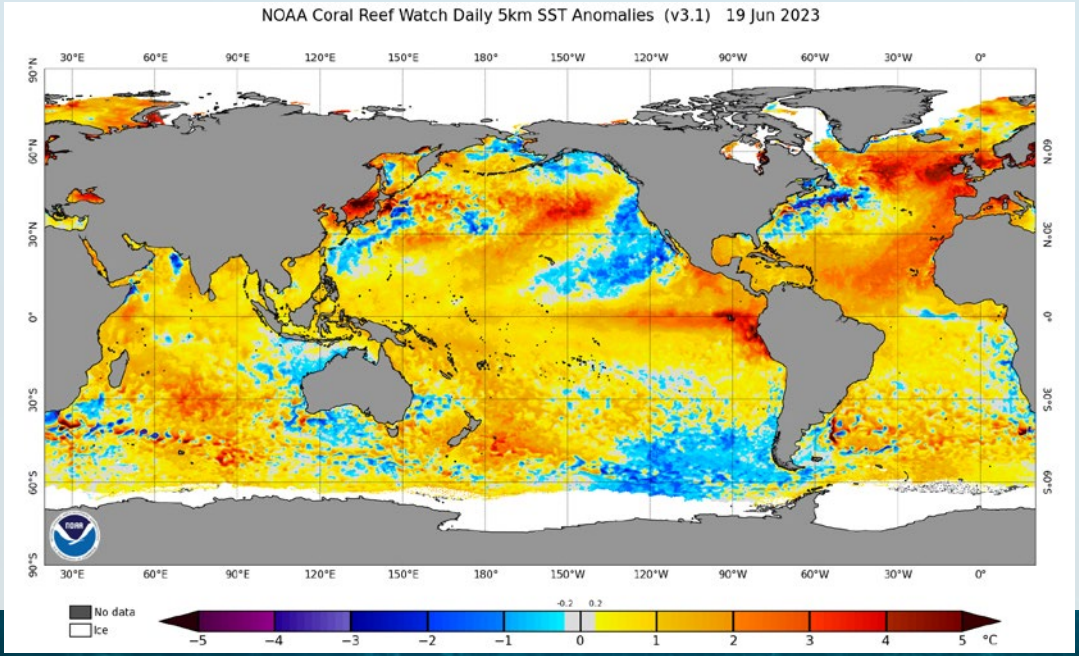
Was wir im Nordatlantik erleben, ist höchstwahrscheinlich Summe vieler Faktoren. Das häufigere Erreichen von immer höheren Rekordwerten bei den Temperaturen ist, wie bereits erwähnt, durchaus im Bereich der Erwartungen. Sie sind in einem Klimaregime, dass immer wärmer wird, statistisch sogar zwingend. Jedoch ist die Häufigkeit solcher Rekordwerte und deren Ausmaß von Zufälligkeiten und natürlichen Schwankungen überlagert. Die Höhe der Temperaturabweichung kann deshalb doch ein natürliches Zufallsprodukt sein, das sich mit viel Aufwand doch auf ein Aufsummieren verschiedener bekannter natürlicher Schwankungen zurückführen ließe. Solche natürlichen Schwankungen und auch deren Überlagerungen sind in der Regel statistisch normalverteilt. Die Höhe der Abweichungen folgen dem Prinzip der Gaußschen Glockenkurve. Sehr große und krasse Extreme, weil sich sehr viele natürliche Schwankungen ungünstig überlagern, sind zwar sehr selten, müssen aber mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit irgendwann auftreten, wenn sie den Gesetzen der Physik und der Statistik folgen.

Mit der Klimaerwärmung verschiebt sich auch die Gaußsche Glockenkurve. Es folgt also, dass Extreme, die im Erwartungsbereich des Klimawandels liegen, entsprechend häufiger auftreten müssen. Extreme, auch unerwartet hohe, müssen also nicht das Erreichen eines kritischen Punktes bedeuten, an dem das ganze System umschlägt.

Die Anomalie des Nordatlantik birgt so oder so aber das Potential für weitere Extreme für die Witterung in Europa und vor allem auch für die Meeresbiologie.

In Verbindung mit dem sehr zeitig einsetzenden El Niño (wohlbekannte natürliche Temperaturanomalie im Südpazifik) sieht man beim Blick auf die aktuelle Anomalienkarte der NOAA (National Oceanic and Atmospheric Administration) der USA, dass die Meere fast überall auf der Welt derzeit wärmer sind, als für diese Zeit üblich. Deshalb wäre es wichtig, sich auf die potentiellen Wetterereignisse (Hurrikans, Extremniederschläge, Dürren) klug einzustellen und der Flora und Fauna der Meere durch rigorosen Schutz durch Totalreservate Raum zu geben, sich so gut wie möglich an die wärmere Welt anzupassen.

Tom



Anomalie der Temperatur der Meeresoberfläche vom 19. Juni 2023
Grafik: NOAA.gov

Neues aus dem Kreisvorstand

Der Kreisvorstand hatte zum 31. Mai 2023 zu seiner achten Beratung geladen. Gegenstand waren unter anderem eine schon seit Anfang des Jahres geplante Basiskonferenz, die nun im Anschluss an eine Gesamtmitgliederversammlung (GMV) am 24. Juni im Haskala stattfinden soll. Die GMV ist notwendig, um zwei Wahlen durchzuführen, die der Delegierten zum 8. Landesparteitag und die der Delegierten für eine gemeinsame Wahl der Vertreter_innen unseres Kreises, des Saale-Orla- und des Saale-Holzland-Kreises zur Vertreter_innenversammlung, die die Liste für die Europawahl 2024 aufstellen soll.

In diesem Zusammenhang ging es auch um die Vorbereitung der im nächsten Jahr anstehenden Wahlen zu den kommunalen Gremien, dem Europaparlament und nicht zuletzt zum Thüringer Landtag.

Darüber hinaus waren die Strukturen und der Aufbau des Kreisverbandes und die Kommunikation von kommunalen Fraktionen mit dem Kreisvorstand Themen unserer Beratung.

Der Kreisvorstand hat sich deshalb darauf geeinigt, die jeweiligen Vorsitzenden zur nächsten Sitzung persönlich einzuladen. Unabhängig davon ist jedes Mitglied der Partei jederzeit zu den Sitzungen des Kreisvorstandes eingeladen. Wir freuen uns auf eure Teilnahme, die auch digital möglich ist!

Paul Kurtzke

Schmerzhafte Niederlage

Die Landratswahl in Sonneberg am 11. Juni dieses Jahres unterstreicht meine seit langer Zeit beobachtete und geäußerte Tendenz des Rechtsrucks in unserem Land. Wir, DIE LINKE, haben wiederholt kaum etwas dagegen zu setzen. Mit ca. 4 % fuhren wir ein Ergebnis ein, das uns in die Bedeutungslosigkeit schickt.

Ohne einen eigenen Kandidaten ins Rennen gegangen, und das als die Regierungspartei, ist gegenwärtig mehr als beschämend.

"Unsere" Kandidatin, eine Grüne, die in der Vergangenheit der LINKEN den Rücken gekehrt hatte, weist ganz klar auf unser Dilemma hin, das sich mit einer schwachen personellen Decke, aber auch mit Inhalten erklärt, die an unseren Menschen vorbeizielt.

Ich bin davon überzeugt, dass es an der Zeit ist, schnellstens und landesweit über Regional – Konferenzen mit einer breiten Masse unserer Menschen ins Gespräch zu kommen.

Die Inhalte und unsere personelle Situation müssen auf den Prüfstand gestellt und neu diskutiert werden in Vorbereitung auf die Wahlen 2024, um diese auf den Weg zu bringen.

Unsere Führungsgremien müssen aktiv werden, um eine breite Bewegung im Interesse der Allgemeinheit in Gang zu setzen. Also raus aus dem Dornröschenschlaf und ab in die flächendeckende Diskussion für unsere fortschrittliche Politik und gegen den Konservatismus, Liberalismus und den schlimmen Rechtsruck.

Frank Persike
Mitglied des Kreistags

ÖFFENTLICHES LEBEN… DIE FORTSETZUNG.

In meinem letzten Artikel endete ich mit meiner kritischen Bemerkung, dass linke Politik momentan für die Öffentlichkeit nicht mehr so stark stattfindet wie es in der Vergangenheit mal war. Diese Feststellung spiegelt das Empfinden einer recht großen Zahl von Menschen in unserem Land wider.

Ähnliches stellt auch Sven Kurzhauer in seinem Artikel zum 1. Mai fest.

Zitat: „… Einfluss gewinnen könne, wenn DIE LINKE gestärkt wird und sich erst einmal selbst stärkt …“

Mit diesem Exkurs in den Bereich unserer Wirksamkeit in der Öffentlichkeit, soll allerdings nicht das vielfältige Engagement unserer vielen Ratsmitglieder in den Gemeinden und Landkreisen geschmälert werden. Im Gegenteil, an der untersten Basis beim Mitgestalten täglichen Lebens muss man den Hut ziehen vor dem Mut, linke Politik permanent einfließen zu lassen.

Mut ist dabei wirklich gefragt, da nach wie vor persönliche Angriffe, besonders aus dem konservativen und liberalen Lager, nie aufgehört haben. Unterschwellig kann das auf einen schleichenden Rechtsruck zurückzuführen sein.

Jüngst kam dieses auf dem 12. Sozialkongress unverblümt zum Ausdruck – zum Podiumsgespräch am 07.06.23 auf der Bühne der Stadthalle zu Bad Blankenburg. Aus der Führungscrew der Diakonie Thüringen musste unser Ministerpräsident Unterstellungen und Vorwürfe verfehlter Sozialpolitik ganz offen aushalten. In diesem Zusammenhang konnte Bodo allerdings nachweisen, dass die gegenwärtigen Regierungen noch in CDU-Gesetzen gefangen sind, die aus der Zeit von Merkel, Althaus und Lieberknecht stammen. Notwendige Mehrheiten für Nachbesserungen und Veränderungen sind gegenwärtig schwer zu gewinnen. Dafür sind in den Parlamenten liberales und konservatives Lager leider viel zu stark vertreten, um notwendige 2/3-Mehrheiten zusammenzubekommen.

Selbst die Begriffe Konservativ und Liberal stehen ja bekanntlich für das Festhalten an alten Zöpfen und Zurückdrängung des staatlichen Einflusses. Fortschrittliche Kräfte haben es daher ungemein schwer, Neues und Besseres konzeptionell auf den Weg zu bringen.

Da bleibt wohl gegenwärtig u.a. nur die Hoffnung, dass unsere Führungskräfte und Gremien der Partei endlich in die Lage kommen, überzeugender auf die Öffentlichkeit auszustrahlen.

Bei den Menschen in unserem Land muss dadurch viel stärker die Erkenntnis wachsen, dass linke Politik immer auf das Wohl Aller ausgerichtet ist. Verhaltensweisen Einzelner, die in der Öffentlichkeit stehen, wie die Geschehnisse um das Bürgermeisteramt in Hildburghausen, schaden uns ungemein und können zu einem Flächenbrand gegen uns führen.

Mein Fazit ist daher, dass jeder Einzelne von uns klar und deutlich, überzeugend und konsequent die Politik unserer Partei vertritt. Einen besonders hohen Anspruch ordne ich dabei unseren gewählten Vertretern zu, weil diese das Gesicht und Erscheinungsbild unserer Partei DIE LINKE darstellen.

Frank Persike
Mitglied des Kreistags

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken für die nächste Ausgabe bitte bis 04.07. an: redaktion.anstoss@gmx.de

Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen. Danke für deine Unterstützung!

Impressum

Anstoß

V.i.S.d.P.: Sascha Krüger • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt** • Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! Redaktionsschluss: **20.06.2023** • Die nächste Ausgabe erscheint im Juli. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

Impressum

VOR EINTRITT IN DIE TAGESORDNUNG

der Kreistagssitzung Mai beantragte Landrat Marko Wolfram, die Tagesordnungspunkte (TOP) 12 und 13 abzusetzen. Es ging um zwei Anträge der AfD-Fraktion. Im ersten Antrag wollte diese beschließen lassen, dass der Verwaltungsrat der Sparkasse sich beim Vorstand dafür einsetzen möge, in verschiedenen Gemeinden des Landkreises wieder Geldausgabegeräte aufzustellen. Da das Thema in den letzten beiden Jahren mehrmals in Kreistag und Ausschüssen beraten wurde und die Bargeldversorgung landkreisweit auch für die Sparkassenkunden funktioniert, die kein Online-Banking haben, folgte der Kreistag dem Landratsantrag mit den Gegenstimmen der AfD-Fraktion.

Das gleiche passierte mit dem zweiten Antrag, der unter dem diffusen Betreff „Schulen in kleinen Orten“ daherkam. Der Landrat sollte beauftragt werden, „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wie beispielweise [sic!] dem Thüringer Landkreistag darauf hinzuwirken, dass gesetzgeberische Entscheidungen, die dazu führen werden, das [sic!] kleine Schulen in kleineren Orten keinen Bestand mehr haben werden, in Thüringen unterbleiben.“ Ein gelungener Schachtelsatz, der für einen Beschlusstext jedoch denkbar ungeeignet ist. Das war es aber nicht, was den Landrat zu seiner Intervention veranlasste. Es war vielmehr seine Auffassung, dass der Beschluss schon erfüllt sei. Hatte doch der Landkreistag schon am 10. Februar seine Stellungnahme zu Schulgesetz-Änderungsanträgen und Anträgen zur Schulentwicklung verschiedener Fraktionen des Thüringer Landtags abgegeben.

Nur waren diese Stellungnahmen den Kreistagsmitgliedern nicht bekannt. So setzte die Kreistagsmehrheit in den Landrat ein hohes Vertrauen und stimmte der Absetzung des TOP zu, nachdem er erklärt hatte, die Stellungnahme unverzüglich in das Ratsinformationssystem einstellen zu wollen.

Nachdem ich diese nun gelesen habe, bin ich mir jedoch nicht mehr sicher, ob die insbesondere den Gesetzentwurf der Regierungskoalition betreffende Stellungnahme für unsere Fraktion als Begründung für die Absetzung des AfD-Antrages dienen konnte. Lehnt doch der Thüringer Landkreistag die Bildung weiterer Gemeinschaftsschulen im ländlichen Raum in Bausch und Bogen ab. Dieser Standpunkt ist zumindest nicht meiner. Wir werden uns dazu in der kommenden Fraktionssitzung beraten.

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

EINE E-MAIL AN DEN LANDRAT

Sehr geehrter Herr Landrat, ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Bericht und Beratung über die Mittagessenversorgung in den Schulen in Trägerschaft des Landkreises“

in die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 4. Juli 2023 mit folgender Begründung aufzunehmen: „Mit der Informationsvorlage IV-2/2013 hatte der Landrat den Kreistag über den Stand der Mittagessenversorgung in den Schulen in Trägerschaft des Landkreises informiert. Nach nunmehr 10 Jahren soll umfassend über den derzeitigen Stand der Versorgung unter Beachtung der seit dem Schuljahr 2020/21 in Thüringen geltenden Qualitätsstandards berichtet werden.“

Im Bericht sollen Anzahl der Teilnehmer, Vergabeverfahren, Kostenentwicklung, Zuschüsse, Anbieter, Qualitätsvorgaben und ggf. weitere Aspekte dargestellt werden. Mit freundlichen Grüßen

Hubert Krawczyk
- Vorsitzender -

ZUR GESCHÄFTS-ORDNUNG

WIE ES MIT EINEM ANTRAG WEITERGING

In der Maiausgabe berichteten wir, dass die Fraktion für die Kreistagssitzung jenes Monats erneut beantragt hatte, ALLE Ausschusssitzungen öffentlich durchzuführen und deshalb die Geschäftsordnung (GO) dementsprechend zu ändern sei.

Der Antrag gelangte jedoch nicht auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung. Der Grund ist einleuchtend. Wir hatten den Antrag zunächst dem Kreisausschuss zur Vorberatung für eine Beschlussempfehlung an den Kreistag vorgelegt. Damit konnten wir vorab schon mal ein Stimmungsbild von den Fraktionsvorsitzenden bekommen, die ja fast alle im Kreisausschuss vertreten sind. War deren Argument bisher, für unseren Antrag gäbe es keine Rechtsgrundlage, so galt das nach der kürzlich vom Landtag beschlossenen Änderung der Kommunalordnung nicht mehr. Die Kommunen dürfen nunmehr selbst festlegen, ob auch nicht beschließende Ausschüsse öffentlich beraten sollen. Und das führte zu unserem angestrebten Ziel: Nach mehreren zustimmenden Kommentaren wurde der Antrag einstimmig dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

Da nun aber die GO sowieso mit sogenannten Notlage-Paragraphen für die Video-Kreistagsarbeit ergänzt und einige weitere Punkte geändert werden sollten, bot es sich an, unseren Antrag gleich mit in die Landratsvorlage als Änderung durch den Hauptausschuss einzuarbeiten, was dann auch so geschah.

„... GELTEN FÜR ALLE GESCHLECHTER“

In noch einem Punkt wurde die GO geändert. Als ich zu Beginn der Wahlperiode im Kreistag zu Punkt VII. („Sprachform: Die in dieser Geschäftsordnung verwandten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen in der weiblichen, für Männer in der männlichen Sprachform“) darauf verwies, dass der Gesetzgeber nunmehr auch diverses Geschlecht vorsieht, erntete ich nicht nur Unmut aus der AfD-Fraktion, sondern auch der Kreistagsvorsitzende war der Meinung, dass wir das in unserer GO weglassen könnten.

Der Vorschlag des Landrats lautete vier Jahre später: „Die in dieser Geschäftsordnung verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen, Männer und alle weiteren Geschlechtsformen.“ Wieder meldete ich mich zu Wort. Man solle doch einfach beschließen „... gelten für alle Geschlechter“.

Von welchen Überlegungen ließ ich mich dabei leiten? Ganz einfach: aus der vorliegenden Formulierung geht nicht hervor, ob bei „allen weiteren Geschlechtsformen“ die biologischen (sex) oder die sozialen (gender) gemeint sind. Im Sinne der Fortpflanzungsbiologie gibt es zwei – Frau und Mann; Mutter Natur sorgt allerdings gelegentlich für intersexuelle Menschen, deren biologisches Geschlecht nicht als klar weiblich oder männlich bestimmt ist und einheitlich „divers“ lautet. „...alle weiteren Geschlechtsformen“ träfe dann nicht zu.

Soll sich die GO allerdings auf das soziale Geschlecht beziehen, so wären Frau und Mann nur zwei unter vielen weiteren Geschlechtern, deren Anzahl schlicht unbestimmt ist. Es entstünde dann die Frage, ob mit „Frauen“ und „Männern“ nur die entsprechenden cis- oder auch trans-Personen gemeint sind. Denn nicht alle trans-Personen würden akzeptieren wollen, in eine übergeordnete binäre Schublade gesteckt zu werden.

„... gelten für alle Geschlechter“ ist deshalb die beste Lösung, weil sie allen Interpretationen gerecht wird. Es wurde dann auch so beschlossen.

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

ÜBER DIE WAHRHAFTIGKEIT VON KRITIK

In seiner Mai-Sitzung konnte der Kreistag endlich den Haushalt 2023 beschließen.

Landrat Wolfram und den Bürgermeistern des Städtedreiecks war es auch für dieses Haushaltsjahr erwartungsgemäß gelungen, sich auf die Kreis- und Schulumlage zu verständigen, so dass der Verabschiedung des Haushalts nichts mehr entgegenstand.

Der Ansatz des Verwaltungshaushalts beträgt mit 189 Mio. € nun 37 Mio. mehr als vor einem Jahr, das ist eine schier unglaubliche Steigerung um fast 25 %. Die Gründe dafür und der Haushaltsentwurf selbst sind in dessen Vorbericht umfassend und ausführlich erläutert. Alle Dokumente sind im Ratsinformationssystem des Kreistages unter „Sitzungen, Kreistag 23.5." zu finden.

Im Beitrag unserer Fraktion hatte ich u.a. folgendes ausgeführt: „Die Schulsozialarbeit berührt unsere Finanzbeziehungen mit dem Land aufgrund von dessen Zuschüssen. Bekanntlich stimmen die Standpunkte von Ministerien und Regierungsfraktionen häufig nicht mit denen der entsprechenden Kreistagsfraktionen und dem Landrat überein. Da es um Geld geht, ist das völlig natürlich und natürlich ist auch, wenn sich die Standpunkte der mitregierenden Oppositionsfraktion im Landtag und der entsprechenden Kreistagsfraktion gleichen, nämlich, dass die Kommunen vom Land zu wenig Geld bekommen.

Ich bitte aber dennoch um mehr Wahrhaftigkeit. Mir ist schleierhaft, warum laut Protokoll einer Ausschusssitzung des Kreistages ein Mitglied der CDU-Fraktion unwidersprochen sagt, er habe den Eindruck, dass das Land die Schulsozialarbeit befürwortet, sich aus der Finanzierung aber immer mehr zurückzieht. Dieser Eindruck ist falsch. In den Jahren 2013 und 14, also in der Regierungszeit von Christine Lieberknecht, hat der Landkreis für die sich damals noch schulbezogen nennende Jugendsozialarbeit 103 bzw. 295 T€ erhalten. Unter der Regierung Bodo Ramelow waren es von 2014 bis 2019 zwischen 425 und 477 T, 2020 730 T, 2021 917 T und in den Planansätzen 2022 und 2023 stehen 1.009 bzw. 1.038 T€."

Diese Zahlen sind deutlich genug. Dem Haushaltsentwurf 2023 stimmten wir zu.

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

SAALFELDER DETSCHERFEST

Sa 1. Juli
ab 13.00 Uhr
Marktplatz Saalfeld

Am Sonnabend, dem 1. Juli 2023, findet ab 13 Uhr auf dem Marktplatz das traditionelle Saalfelder Detscher-Fest statt.

Auch DIE LINKE wird wieder einen Herd betreiben.

Helfer_innen zum Teigausrollen, Backen, Buttern und Zuckern der Detscher und nicht zuletzt zum Beheizen des Herdes sind willkommen. Bitte meldet Euch bei Doris (03671 51 03 60)!

AUS DEM SAALFELDER STADTRAT

Zuerst erfolgten die Informationen des Bürgermeisters Dr. Kania:

Die Lachenbrücke ist fertiggestellt, die Arbeiten am Kreisverkehr in der Rudolstädter Straße liegen im Zeitplan, am 12.06.2023 wird der Prinzessinnengarten eingeweiht, der Wanderparkplatz am Steiger und der Familienpfad an den Feengrotten sind fertiggestellt und eingeweiht.

Am Bienenwandernetz mussten Hinweisschilder ersetzt werden, die z.T. schon vor Einweihung zerstört worden sind!

Das nächste Thema war diskussionswürdig und wurde leider mehrheitlich abgelehnt. Es ging um die teilweise Öffentlichmachung der vorbereitenden Ausschüsse. Unsere Fraktion hatte hierzu einen Beschlussantrag eingereicht, siehe nachfolgenden Extrabericht.

Anschließend erfolgte die Wahl der neuen Schöffen. Diese sollte als Gruppenwahl erfolgen, wurde aber aufgrund eines Antrages der SPD/Grüne-Fraktion in nichtgeheimer Einzelpersonenwahl vollzogen. Dieser Antrag erfolgte nicht ohne Grund. Alle Bewerber, die sich bereiterklärt hatten, wurden mehrheitlich gewählt, unberücksichtigt blieben hierbei die eventuell vorhandenen Parteizugehörigkeiten. So erreichte auch eine Bewerberin mit AfD-Mitgliedschaft knapp das nötige Quorum von 60 %. Alle anderen Kandidat_innen wurden ohne Enthaltungen oder Gegenstimmen gewählt, unter ihnen LINKE-Stadträtin Viola Rümpler. Auch Saalfeld entzieht sich nicht dem Trend, dass die Rechte weiter in Ehrenämter drängt.

Die Information zur Jahresrechnung 2022 war nicht unerfreulich. Durch hohe Einsparungen, höhere Schlüsselzuweisungen und Einkommens- und Gewerbesteuern konnte ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Allerdings wurde die freie Finanzspitze der Stadt erheblich verringert und ein Kredit musste aufgenommen werden. Ein Grund dafür sind die erheblich gestiegenen Personal- und Kinderbetreuungskosten (rund 6 Mio. € mehr). Diese entstanden durch die Übernahme des Bauhofes (56 Mitarbeiter) und Mitarbeiter von der Saalfelder Höhe infolge der Eingemeindung. Es wurden, wo möglich, Stellen eingespart, aber auch die Arbeitsfähigkeit muss erhalten bleiben. Trotz allem liegt die pro-Kopf-Verschuldung der Stadt bei 248 €, was etwa der Hälfte der Durchschnittsverschuldung in Thüringen entspricht.

Ein großes Problem sind der hohe Altersdurchschnitt der Angestellten und der Nachwuchsmangel. So werden in den kommenden Jahren unverhältnismäßig viele Mitarbeiter in den wohlverdienten Ruhestand gehen und somit ein hoher Erfahrungsschatz verloren gehen. Die Stadt ist bestrebt, eigenes Personal auszubilden. Dabei belasten die neuen Tarifabschlüsse für diese den Saalfelder Haushalt, denn sie bedeuten eine weitere Steigerung um 1 Mio. € zusätzlich.

Für die Marco-Polo-Schule wurde ein Vorgriff auf den noch zu erstellenden Haushalt genehmigt, um neue interaktive Displays (Whiteboards) anzuschaffen

Die Sanierung des Blankenburger Tors für die Dauerausstellung zur Geschichte des Handels und Handwerks wird geplant und begonnen.

Für die Radwege werden 69.000 € aus dem Sonderlastenausgleich Klimaschutz zur Verfügung gestellt, um notwendige Reparaturen und Verbesserungen zu beginnen. Hierzu wurde eine Prioritätenliste von elf Radverkehrsmaßnahmen geschaffen. Alle geplanten Maßnahmen beschäftigen sich mit dem Thema erhöhte Sicherheit. Die AfD lehnte diese Beschlussvorlage komplett ab. Sie sieht darin eine einseitige Förderung des Radverkehrs gegenüber dem Autoverkehr. Dass immer mehr Menschen das Fahrrad benutzen und vor allem ältere Menschen mit einem E-Bike ihre Mobilität noch erhalten, gerade wenn sie kein Auto mehr nutzen können, ist für die Rechtsaußenpartei keine Alternative. Lebensqualität für Senioren unerwünscht?

Für das künftige Wohngebiet Graba II wurden Straßennahmen vergeben. Neben vier Männerwurden auch vier Frauennamen gewählt.

Abschließend noch eine erfreuliche Nachricht. Der Bewegungscoach, der unsere Schulen nach Corona betreut hat, darf weitere fünf Monate mit den Schülern arbeiten und eventuell sogar noch länger.

Anja Rosenbusch

EINIGUNG BEIM HEIZUNGSGESETZ: ÖKOLOGISCH UND SOZIAL VERHEEREND

Trotz der Ankündigung von SPD und Grünen findet der Schutz der Mieterinnen und Mieter weiterhin kaum Beachtung. Die Investition in den Heizungstausch und die notwendigen Begleitmaßnahmen sollen weiterhin auf die Miete aufgeschlagen werden können, damit „Vermieter Anreize haben, in moderne Heizungen zu investieren“.

Auch auf eine umfassende Förderung werden die Menschen lange warten können. Die Menschen werden alleingelassen und die soziale Ungleichheit in diesem Land wird sich weiter verschärfen.

Ökologisch wurde das Gesetz weiter entkernt

H2-ready Heizungen, das heißt auf Wasserstoff umrüstbare Gasheizungen, dürfen in anderen Gebäuden weiterhin verbaut werden. Gefallen sind auch die Transformationspläne für die Gasnetzbetreiber. Nur die Kommunen müssen einen verbindlichen Fahrplan zum Hochlauf des Wasserstoffs bis 2045 vorlegen. Dem Mythos Wasserstoff beim Heizen wird hier unter dem Vorwand der Technologieoffenheit weiter Vorschub geleistet.

Das Heizen mit Wasserstoff wäre laut aktueller Forschung doppelt bis dreimal so teuer wie mit einer Wärmepumpe. Die Menschen werden hier angesichts des anlaufenden Emissionshandels im Gebäudebereich ab 2027 in eine Kostenfalle geschickt. Auch die Nutzung von Holz- und Pelletheizungen im Neubau ist nun weiterhin erlaubt und fällt massiv hinter moderne Effizienzstandards zurück.

Die Verknüpfung mit der kommunalen Wärmeplanung ist absolut sinnvoll, jedoch ist es nicht notwendig, gänzlich auf den Abschluss der Wärmeplanung zu warten, um für gewisse Gebiete klare Aussagen treffen zu können. Ist kein Wärmenetz in Aussicht, kann mit dem Umbau der Wärmeversorgung begonnen werden, zumal eine deutschlandweite Wärmeplanung bis 2028 nur „angestrebt“ wird. Hier wird wertvolle Zeit beim Klimaschutz verschwendet.

Ralph Lenkert • MdB

DEBATTE UM ÖFFENTLICHE AUSSCHÜSSE

Einen etwas eigenwilligen Verlauf nahm die Beschlussvorlage zu den „öffentlichen Ausschüssen“ schon vor der Behandlung und in der Nachbetrachtung der Lokalpresse.

Durch die jüngste Novelle der Thüringer Kommunalordnung (ThürKo) wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Sitzungen der Ausschüsse generell öffentlich sein können. Dies wurde im März 2023 vom Thüringer Landtag beschlossen. In der Stadtratssitzung vom Mai fragte der berufene Bürger Herr Blaschke an, ob die jüngste Änderung der ThürKo den Stadträten bekannt sei, nicht ohne Aufforderung zur Befassung, um sich eine Meinung bilden zu können. Auch in der Kommunalen Sprechstunde der Thüringengestalter befasste man sich im April mit der Änderung.

Unsere Fraktion nahm sich des Themas an und lud die Fraktion der Bürger für Saalfeld (BfS) zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung ein, in deren Inhalt auch über die offenen Ausschüsse beraten werden sollte. BfS lehnten dankend ab, mit dem Hinweis, sich zu einem späteren Zeitpunkt treffen zu können, da zeitgleich zur Fraktionssitzung eine Bürgersprechstunde für Saalfeld Mitte stattfand. Wie ich finde, ein nachvollziehbarer Grund, da sich unsere Fraktion selbst auch an den anderen Bürgersprechstunden mit dem Bürgermeister und Teilen der Verwaltung beteiligte.

Am Folgetag der Mai-Sitzung erklärte der Fraktionsvorsitzende der BfS in der OTZ, man wolle einen Antrag zum Thema einbringen. War damit für uns ein Stopp gesetzt? Ich meine nein, und so stellte unsere Fraktion einen eigenen Beschlussantrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Saalfelder Stadtrates dahingehend, dass alle Ausschüsse geöffnet werden. Damit soll den Bürgern die Möglichkeit geboten werden, an Beratungen zu öffentlich zu behandelnden Beschlussvorlagen teilnehmen zu können.

Hierzu bedurfte es der Änderung eines Paragraphen der Geschäftsordnung. Von der Stadtverwaltung kam der Hinweis, dass der Antrag allein nicht ausreichend sei, da man hierfür auch die Hauptsatzung per Beschluss ändern müsse. Der Grund liegt in der vorgegebenen Freiwilligkeit für die Kommunen und somit ist ein Beschluss auch in der Hauptsatzung erforderlich. Dementsprechend wurde unser Beschluss mit Hilfe der Stadtverwaltung angepasst. So arbeitet man gern zusammen.

Der nun fertige Antrag war keine 24 Stunden eingereicht, als ich über die sozialen Medien kontaktiert wurde und der Unmut der BfS über unseren Antrag übermittelt wurde, nicht ohne Häme, da wir die Erstfassung ja ändern mussten. Für Verärgerung aber sorgte unsere „Unverfrorenheit“, ohne Vorankündigung einen eigenen Antrag einzureichen. Man verwies auf den OTZ-Artikel. Unerwähnt blieben die einst geplante gemeinsame Fraktionssitzung zum Thema und die Fragestellung, wann bzw. ob wir vom BfS-Antrag im Vorfeld eine Mitteilung erhalten hätten.

So gab es in der Stadtratssitzung unsere Beschlussvorlage mit nachfolgender Beschlussvorlage von BfS. Der Unterschied bestand in der Öffnung für alle Ausschüsse beim LINKEN-Antrag und nur Öffnung des Kultur-, Sozial-, Sportausschusses beim BfS Antrag. In den vorberatenden Ausschüssen gab es zu beiden Anträgen eine klare Ablehnung.

In der Sitzung selbst zog BfS den eigenen Antrag zurück und stellte zu unserem einen Änderungsantrag, in dem nur wie oben beschrieben der KSSA zur Öffnung freigegeben werden sollte. Als erste meldete sich eine Stadträtin der CDU und stellte den Antrag auf eine geheime Abstimmung. Das hat Geschmäckle, da über mehr Einbezug der Öffentlichkeit geheim abgestimmt werden sollte. Eine deutliche Mehrheit folgte diesem Antrag nicht. In der darauffolgenden Diskussion wurde die Ablehnung der Öffnung mit dem Schutz der Stadträte vor Blamage, bei falscher Wortwahl, und dem fehlenden Mut, seine Meinung in der Öffentlichkeit zu vertreten, begründet. Man wolle erstmal unter sich ins ‚Unreine‘ reden können. Weiterhin sah man die Gefahr, dass der einzelne Stadtrat von einer vorgefassten Meinung der Öffentlichkeit beeinflusst wird, wenn er erst später als der Bürger vom zu debattierenden Thema erfährt. Argumente, die für mich nicht nachvollziehbar sind. Letztendlich scheiterte der Änderungsantrag mit 14 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Ein überraschend knappes Ergebnis. Die CDU stimmte komplett gegen unseren und den Änderungsantrag der BfS. Der Bürgermeister aber stellte sich hinter seine Bürger und stimmte mit Ja.

Weitaus deutlicher wurde unser Antrag zur vollen Öffnung abgelehnt. Das war aber nicht die letzte Überraschung. Im OTZ-Bericht gab es nur den BfS-Antrag, dem man einen Änderungsantrag als Kompromiss anhängte. Vom LINKEN-Antrag keine Spur. Gehen wir mal von einem Irrtum des OTZ-Redakteurs aus, interpretieren wir nichts hinein. Gegebenenfalls hätte man bei uns nachfragen können, zumindest für den Fall, dass die unschönen Begleitumstände dem Redakteur nicht vollständig unbekannt geblieben sind. In den sozialen Medien feierte sich BfS als kleinste Fraktion, die die meisten Anträge in den Stadtrat einbringt. Einigen folgten wir gern, so zum Beispiel dem Lichtleitantrag (gegen Lichtverschmutzung). Bei diesem unterstützten wir in der Vorarbeit, hörten dann nichts mehr und wurden vom Beschlussantrag im Stadtrat überrascht. Aus dieser Erfahrung erklären sich für mich die Scharmützel auf unseren jetzigen Antrag. Wir standen hier wohl einem Eigenmarketingkonzept im Wege und nicht einer Idee für die Bürger.

Fazit: Das Thema wird sich wiederholen und je tiefer man einsteigt, desto mehr Fragen kommen auf. Wir bleiben aber dran, versprochen! Der Bürger selbst sollte aber jetzt schon die vorhandenen Möglichkeiten der Beteiligung intensiver nutzen. Dann hätte sich manch Gewählter vielleicht nicht getraut abzulehnen.

Sven Kurzhauer

EINE KURZE ANLEITUNG, WIE MAN ANDERE KRIMINALISIERT.

Satzung macht Diebe (wo keine sein müssten)

Anmerkung (Warum ausgerechnet diese Satzung)

Die Satzungsbestimmung, mit der sich dieser Artikel befasst, findet sich nicht nur in der Abfallwirtschaftssatzung des ZASO, sondern auch in anderen. Diese Satzung unseres regionalen Abfallwirtschaftsbetriebs las ich auf Grund ihrer Bekanntmachung. Das im Folgenden Geschriebene stellt aber ein allgemeines Problem dar.

Die Satzungsbestimmung (Zum Thema „Wie entsorgt man Sperrmüll?“)

Mit der 2. Ausgabe des Amtsblattes des ZASO von 2023 hat dieser seine neue Abfallwirtschaftssatzung bekannt gemacht. Im dortigen § 12 mit der amtlichen Überschrift „Sperrmüll“ heißt es:

(1) Private Haushaltungen und andere Herkunftsbereiche als private Haushaltungen haben die Möglichkeit bis zu 10 m^3 Sperrmüll im Jahr ohne zusätzliche Gebühr zu entsorgen.

(2) Im Holsystem wird Sperrmüll aus privaten Haushaltungen und anderen Herkunftsbereichen [...] bis zu zweimal jährlich abgeholt, wenn der Anschluss- und Benutzungspflichtige dies unter Angabe von Art und Menge beim ZASO anmeldet. [...]

(3) Die Anmeldung für die Abholung wird durch den ZASO an von ihm beauftragte Entsorgungsunternehmen weitergeleitet. Von diesen wird dem Antragsteller innerhalb von drei Wochen ein Abholtermin [...] schriftlich mitgeteilt. [...]

Der Sperrmüll ist am Abend vor bzw. am Abholtag bis 06:00 Uhr bereitzustellen. **Nach Bereitstellung des Sperrmülls haben die Antragsteller bis zur Abholung darauf zu achten, dass dieser weder von unbefugten Personen fortgetragen, verstreut oder zerbrechliche Gegenstände nicht zerstört bzw. andere Gegenstände dazu gestellt werden.** [...]

Über die Anmeldung hinausgehende Abfallmengen bzw. unangemeldete Gegenstände werden nicht mitgenommen und sind unverzüglich vom Bereitstellungsplatz zu entfernen. [...]

(4) [...]

(5) [...]

[Hervorhebungen nicht im Original, gekennzeichnete Auslassungen sind hier nicht von Bedeutung]

Mit dieser Vorschrift möchte ich mich hier kurz auseinandersetzen.

Hintergründe (Was eigentlich gestohlen werden kann)

Gemäß § 242 Abs. 1 StGB wird wegen Diebstahls bestraft, wer eine **fremde** bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, sich oder einem anderen diese Sache rechtswidrig zuzueignen. Für die Strafbarkeit wegen Diebstahls ist deswegen das Wort „fremd“ von großer Bedeutung. Denn nur fremde Sachen können gestohlen werden. Die Fremdheit ist eines der Merkmale des objektiven Tatbestandes, ohne dessen Vorliegen eine Strafbarkeit ausscheidet. Wann aber ist eine Sache fremd?

Eine Sache ist fremd, wenn sie (zumindest teilweise) im Eigentum einer anderen Person als der des Täters steht. Bedeutet, wenn jemand noch oder ein anderer schon Eigentümer ist, kann die Sache gestohlen werden. Herrenlose Sachen dagegen können nicht gestohlen werden.

Der häufigste Fall von herrenlosen Sachen ist, neben den natürlich auftretenden (wie z.B. wilde Tiere), dass der Berechtigte auf das Eigentum verzichtet hat. An einer solchen Sache kann dann jeder, indem er sie in Besitz nimmt, Eigentum erwerben. Jedoch nicht, wenn die Aneignung gesetzlich verboten ist oder wenn durch die Aneignung das Recht eines anderen verletzt wird. Diese Ausnahme betrifft vor allem Wasser aus oberirdischen Gewässern (das herrenlos ist, aber nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde entnommen werden darf) oder wilde Tiere, die nicht ohne vernünftigen Grund gefangen werden dürfen.

Anwendung der Vorschrift des ZASO (Sperrmüll rausstellen und bis zur Abholung am Folgetag sorgsam bewachen!)

Die oben abgedruckte Vorschrift verpflichtet jetzt den Antragsteller (der vorher mit der absurden Formulierung „private Haushaltungen und andere Herkunftsbereiche als private Haushaltungen“ umschrieben ist, anstelle derer man auch einfach nur „Herkunftsbereiche“ hätte schreiben können) dazu, den Sperrmüll zu bewachen. Er muss sicherstellen, dass auch ja nichts dazugestellt oder, was hier zu betonen ist, weggenommen wird. Diese Kontrollpflicht wird jedoch regelmäßig nicht praktikabel und im Übrigen auch unverhältnismäßig sein.

Denn würde man sie wörtlich umsetzen, so müsste der Antragsteller für die Dauer des Wartens neben seinem Haufen Sperrmüll sitzen, ihn am besten einzäunen, damit auch ja niemand im Vorbeigehen etwas dort hinzugibt oder von dort wegträgt. Die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Verhaltens sind jedoch nicht so gravierend, dass diese Bestimmung angemessen ist. Der Antragsteller müsste sich im schlimmsten Falle für den Tag Urlaub nehmen, um so seiner rechtlichen Fürsorgepflicht für den Sperrmüll nachzukommen. Und ein Glücksfall wäre es geradezu, wenn auch eine alte Liege entsorgt werden soll, die der oder dem Wachenden bis zur Abholung noch gute Dienste leisten kann.

Mit dieser rechtlichen Pflicht der Bewachung folgt jedoch, abgesehen von ihrer geringen Praktikabilität und Übergriffigkeit noch etwas anderes. Es folgen Diebe. Der Antragsteller gibt nämlich jetzt im Regelfall nicht mehr das Eigentum einfach zu Gunsten eines jeden auf, sondern nur zu Gunsten des ZASO. Dabei entspricht dies gar nicht seiner normalen Interessenlage. Denn der Antragsteller möchte im Zweifel nur seinen alten Sessel loswerden. Ob der abgeholt und verschrottet wird oder ob ein anderer ihn mitnimmt und vielleicht noch Jahre Freude daran hat, ist ihm egal. Er gibt im Normalfall also das Eigentum an dem Sessel auf. Dieser wird herrenlos und wer ihn mitnimmt ist kein Dieb, weil die Sache nicht fremd ist.

Doch hier greift die Satzung ein. Die Sache darf nicht weggetragen, sie muss sogar bewacht werden. Der Antragsteller würde also seine Pflicht verletzen, wenn er das Eigentum zu Gunsten von jedem aufgeben würde. Jetzt ist mit dem Herausstellen nur noch ein Angebot auf Eigentumsübergabe zu sehen, dass nur an den ZASO und seine Erfüllungsgehilfen gerichtet ist. Die Sache bleibt also für Vorbeigehende fremd. Kraft der Satzung (oder besser gesagt, des durch sie begründeten Rechtsverhältnisses) könnte es sogar sein, dass das Eigentum bereits durch das Herausstellen in Verbindung mit dem Antrag auf Abholung auf den ZASO übertragen wird (sogenanntes Besitzkonstitut). Dann wäre der Entsorgende in der Pflicht, Eigentum des ZASO zu bewachen.

Und damit haben wir sie, die Diebe, die es sonst nicht gäbe, die boshaft und hinterhältig fremde Sachen stehlen und damit schweren Schaden verursachen. Nur wem eigentlich? Denn nachhaltiger wäre es allemal, wenn eine Sache weitergenutzt wird und so ein anderer keine neue beschaffen muss.

Paul Kurtzke

Termine

Do 22. Juni 2023 • 17.00 Uhr
Bayerische Bierstuben Saalfeld
• Gesamtmitgliederversammlung Stadtverband Saalfeld mit Wahl des Stadtvorstands

Sa 24. Juni 2023 • 9.00 Uhr
Haskala Saalfeld
• Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes zur Wahl von Delegierten, anschließend Basiskonferenz zum Thema Geschichte

Di 27. Juni 2023 • 17.00 Uhr
Büro Bad Blankenburg
• Beratung der Kreistagsfraktion

Mi 28. Juni 2023 • 18.30 Uhr
• BO-Mitglieder-Treffen Stadt Saalfeld

Sa 01. Juli 2023 • 13.00 Uhr
Marktplatz Saalfeld
• Detscherfest (s.S. 5)

Do 13. Juli 2023 • 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
• Treff am Donnerstag

Mi 19. Juli 2023 • 18.00 Uhr
• Linker Treff hybrid

Mi 26. Juli 2023 • 18.30 Uhr
BO-Mitglieder-Treffen Stadt Saalfeld

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags
werden im Internet per Livestream übertragen, u.a. auf der Seite unserer Landtagsfraktion www.die-linke-thl.de

Mi 05. Juli 2023 • 14.00-21.00 Uhr
Do 06. Juli 2023 • 09.00-20.00 Uhr
Fr 07. Juli 2023 • 09.00-20.00 Uhr

Zitat des Monats:

"Eine Hauptursache vieler Krisen sind Menschen, die einfach glauben was sie gerne glauben wollen, statt sich selbstkritisch zu hinterfragen und nach empirischer Evidenz zu richten."

Prof. Stefan Rahmstorf

www.die-linke-sa-ru.de

spen | den :

Politik darf nicht käuflich sein!

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die keine Spenden aus der Wirtschaft und von Unternehmen annimmt.

Der Anstoß ist auf Eure Unterstützung angewiesen!

IBAN:
DE67 8305 0303 0000 4500 22
DIE LINKE Saalfeld-Rudolstadt
Zweck: Anstoß

Treff am Donnerstag

Der gut besuchte Donnerstagstreff fand in diesem Monat wieder in der vertrauten Umgebung des Weltladens Saalfeld statt. Über die anstehenden Termine zur Neuwahl des Stadtvorstandes Saalfeld und die Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes, die sich mit notwendigen Aktivitäten zur Vorbereitung der Europawahl und des neuen Landesparteitages beschäftigen wird, sowie die anschließende Basiskonferenz zur Geschichte wurde informiert. Die persönlichen Einladungen dazu sind verschickt.

Des Weiteren wurde über die Möglichkeit der Heizkostenhilfe für sogenannte „nicht leitungsgebundene Energieträger" – wie beispielsweise Heizöl, Kohlen und Holzpellets – informiert und die Voraussetzungen dafür wurden erläutert. Die Höhe der Heizkostenhilfe wird mit den Rechnungen aus dem Jahr 2022 ermittelt. Die Hilfe ist einkommens- und vermögensunabhängig, so dass auch keine diesbezüglichen Nachweise erforderlich sind. Das Haskala bietet Beratung und Hilfestellung bei der Antragsbearbeitung, sowohl telefonisch als auch persönlich zu den Öffnungszeiten an (siehe unten). Eine Pressemitteilung von Katharina und ein Infostand brachten schon erfreuliches Interesse aus der Bevölkerung und sind als Zeichen erfolgreicher linker Politik und Öffentlichkeitsarbeit zu werten.

Der nächste Treff findet am 13. Juli, der folgende am 10. August statt – wie immer um 15 Uhr im Weltladen Saalfeld. Natürlich gibt es wieder fair gehandelten Kaffee und Tee sowie sommerliche Limonade, Cola und Mineralwasser. Plätzchen, Waffeln und Schokolade aus fairem Handel sind im Laden ebenfalls zu finden.

Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im ['solid]-Alter, schon in Rente oder irgendwo dazwischen.

Do 13. Juli ab 15 Uhr

Weltladen Saalfeld
Knochstraße 1
Saalfeld

26. JUNI 1923
HANS-JOACHIM PREIL

26.06.1923 Hans-Joachim Preil wird in Köslin, Hinterpommern, geboren

1939 beginnt Ausbildung an der Schauspielschule Berlin.

1943 zur Wehrmacht eingezogen. Nach dem Krieg zieht er nach Quedlinburg im Harz, wohin seine Familie evakuiert worden war.

Arbeit an Theatern In Quedlinburg, Aschersleben und Bernburg

1951 erste Begegnung mit Rolf Herricht

1953 erster gemeinsamer Sketch „Die Schachpartie"

1959 erster gemeinsamer Fernsehauftritt

1961 Umzug nach Berlin, Preil wird Regieassistent in Babelsberg

Zahlreiche gemeinsame Sketche (Wikipedia listet 23 auf), für die Preil immer die Texte schreibt wie auch die Bücher für Filme und Fernsehspiele.

1977 Kunstpreis der DDR

1994 erscheint sein Buch „Aber, Herr Preil!" Erinnerungen

Preil war fünf Mal verheiratet und hatte drei Töchter

02.11.1999 in Berlin verstorben, auf dem Waldfriedhof Oberschöneweide beigesetzt

"Wir haben den Humor sehr ernst genommen. Wir wollten unser Publikum nicht mit Albernheiten abspeisen."

JUGEND- UND WAHLKREISBÜRO "HASKALA"
KATHARINA KÖNIG-PREUSS (MDL)
SAALSTRASSE 38 • 07318 SAALFELD
TEL.: 03671 - 515489 • FAX: 03671 - 515490
www.haskala.de • info@haskala.de
HASKALA
Mo 14 - 18
Di 10 - 15
Do 13 - 18
Fr 10 - 15

Lavendel.
DIE LINKE. Bad Blankenburg
Kirchplatz 1 • 07422 Bad Blankenburg